

Ercheint
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz)
Verlag
Vollbuchhandlung
Gottlingen-Zürich.
Postsendungen
franco gegen franco
Grosbuchhändler
nach der Schweiz folgen
Zusatzporto.

Der Sozialdemokrat

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie

N^o. 20.

Donnerstag, 11. Mai.

1882.

Preis an die Korrespondenten und Abonnenten des „Sozialdemokrat“.

Es der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verlesen ist, bezogen, bezogen wird, und die dortigen
Bestellen die alle Maße geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erleichtern, resp. Briefe von dort an uns
und unsere Zeitungs- und sonstigen Sendungen nach dort abzugeben, so ist die äußerste Vorsicht im Postfache notwendig und
dort keine Rücksichtnahme zu erwarten, die Briefmarken über den wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt
der Sendungen zu täuschen, und letztere dadurch zu fälschen. Quersendungen ist diese einzuführen. Das unsere Journalen so selten

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. seinen Verlag schriftl. adressieren, sondern es möglichst an irgend eine unerschütterliche
Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs zu senden, welche es dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber daß
auch auf mögliche unzulässige Zuschriften möglichst zu vermeiden. In jenseitigen Fällen entspricht es dem Gebot der
Sicherheit, wenn man Briefe, welche wir gewiß weder weiter und weiter führen, um trotz aller möglichen
engbräunenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Abonnements
werden nur beim Verlag und
bei den bekannten Agenten ent-
nommen und zwar zum
voraus zahlbaren
Vierteljahrespreis von:
Fr. 2.— für die Schweiz, Ausland
Fr. 3.— für Deutschland (Gaubert
Fr. 1.70 für Oesterreich (Gaubert
Fr. 2.20 für alle übrigen Länder des
Weltverkehrs. (Rechnung.)

Inserate
Die Preisliste des Zeitungs-
25 Cts. — 30 Pts.

Parteigenossen! Vergeßt der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Staatsbetrieb und Normalarbeitstag.

Aus Deutschland.

Der in Nr. 17 des „Sozialdemokrat“ erwähnte Beschluß gegen den gesetzlichen Normalarbeitstag, den Dr. Max Hirsch von seinem „Zentralrath“ fassen ließ, zeigt wieder recht deutlich, welche grauenhafte Begriffsverwirrung bei diesen Herren herrscht. „Der Zentralrath der deutschen Gewerksvereine“, heißt es da, „erklärt sich gegen jeden (!) Staatsbetrieb, insbesondere deshalb, weil die Arbeiter desselben in politische Abhängigkeit gerathen; er erklärt sich gegen einen gesetzlichen Normalarbeitstag, weil derselbe die Freiheit des Individuums beschränkt, also unfittlich ist, und den Arbeitern nicht von Nutzen sein kann, wenn nicht zu gleicher Zeit ein Minimalarbeitslohn und Arbeitsgarantie (Recht auf Arbeit) eintreten.“

Es scheint uns geboten, in wenig Worten den ganzen Wider-
sinn dieser „Resolution“ nachzuweisen.

Voraussetzungen wollen wir zunächst, daß wenn wir dem Bismarckischen Staate gleichfalls keinen Staatsbetrieb bewilligen, dies in der wohlberechtigten Ueberzeugung und auf Grund der Erfahrung geschieht, daß dieser Staat zum Industriebetriebe unfähig ist, daß dieser Staat die Arbeiter auf's Infamste ausbeutet und mißhandelt, daß dieser Staat sämtliche Ueber-
schüsse aus seinem Betriebe zur Knechtung des Volkes gebraucht. Aber deshalb den Staatsbetrieb an und für sich zu verwer-
feln, ist mehr wie lächerlich. Würde z. B. der Postbetrieb heute durch Private geleitet oder der freien Konkurrenz preis-
gegeben, so würde entweder die denkbar größte Konfusion im Postverkehr herrschen, oder das Publikum von einer monopo-
listischen Gesellschaft profitwähiger Bourgeois abhängig — auf alle Fälle indes die Briefstiebererei nicht geringer sein als heute, ja eher noch größer. Die Bourgeoispiel würden nämlich jeden Brief eines Sozialdemokraten, der an einen Arbeiter gerichtet wäre, erbrehen und dem „Brodherrn“ des Arbeiters vorher zur Durchsicht übermitteln. *)

Die Herren Zentralräthe führen nun als Grund gegen den Staatsbetrieb die politische Abhängigkeit der Arbeiter an. Gewiß liegt darin etwas Wahres. Aber sind denn jetzt die Arbeiter politisch unabhängig; werden sie nicht von ihren jetzigen „Brodherren“, mögen dieselben konservativ, liberal oder fortwärtlich sein, zur Wahlurne getrieben mit Stimmgeldern, die den Ansichten eben des Brodherrn entsprechen? Haben sie nicht kolonnenweise zu der Urne marschieren müssen, unter dem Kommando des Werführers, der streng beobachtet, daß die Arbeiter auch den richtigen Zettel abgeben? Und da wollen diese Heuchler von Beeinflussung durch den Staat reden! Das Schönste ist dabei noch, daß die von Kapitalisten verübten Beeinflussungen und Wahlkäufungen bei den Wahlprüfungen im Reichstage gar nicht in Rechnung gebracht werden. Während die liberalen Freunde der Herren „Zentralräthe“ in jeder Verlesung der Regierung, daß ihr dieser oder jener Kandidat angenehm sei, eine „empörende“ Wahlbeeinflussung erblicken, wird auf der andern Seite von diesen selben Herren Bourgeois stets höhnisch erklärt, der Arbeiter brauche sich ja nicht beeinflussen zu lassen, er sei ja „frei“ — gefalle ihm der eine Arbeitgeber nicht, könne er zum andern gehen.

Das möge sich der Hirsch-Dunker'sche Zentralrath sagen lassen, daß der Staat, und selbst der Bismarckische Staat, nicht scham-
loser seine Arbeiter beeinflussen kann, als es die Privatindustrie, die Bourgeoisgesellschaft jetzt schon thut. Und die Bourgeoisie wird davon nicht lassen, so lange der heutige Staat, der in letzter Instanz stets ihre Interessen vertritt, ihr schützend zur Seite steht. Sie sind einander würdig, und es ist einfach albern, die Bourgeoisausbeutung über die Staatsausbeutung zu stellen. Warum wir dem Staat kein Ausbeutungsobjekt apporirenen, ist bereits oben gesagt. Es will uns eben schier bedünken, daß der Brodproph und der Staat, daß sie alle beide st-erblich sind.

Kommen wir zu dem gesetzlichen Normalarbeitstag. Derselbe beschränkt die Freiheit des Individuums — so sagt der hochwohl-
wollende Zentralrath. Gewiß — aber er beschränkt zu gleicher Zeit die Freiheit der Ausbeutung des Individuums. Der Schul-
zwang, die Beschränkung der Kinderarbeit, das Verbot der Sonntagsarbeit, alles das beschränkt die Freiheit des Individuums, folglich taugen nach der zentralrathlichen Logik derartige Ge-
setze durch die Bank nicht. Ja noch mehr; jedes Gesetz be-
schränkt schließlich die persönliche Freiheit — und so hätten wir denn in Dr. Max Hirsch und Konjorten die schönsten Anar-
chisten gefunden, die auf eine noch nicht entdeckte Insel gehören,

aber nicht in ein Kulturland. Nur auf Exsteren würden sie sich die „Unfittlichkeit“, die in jedem Gesetz liegt, nicht gefallen zu lassen brauchen.

„Der gesetzliche Normalarbeitstag wird nicht von Nutzen sein, wenn nicht Minimalarbeitslohn und Recht auf Arbeit mit ein-
geführt werden“, so kalkulirt der Zentralrath weiter. Der Ge-
danke ist vollkommen richtig, aber die Schlussfolgerung, nunmehr gegen den Normalarbeitstag aufzutreten, ist falsch. Wenn Jemand für die Interessen der Arbeiter einzutreten vorgiebt, dann muß er den Normalarbeitstag anstreben, damit — der Appetit kommt beim Essen — derselbe den Minimalarbeitslohn und das Recht auf Arbeit im Gefolge habe. Auch uns ist an und für sich der gesetzliche Normalarbeitstag nicht viel werth, aber es schlägt derselbe die Brücke zur allgemeinen Besserung der Lage der Arbeiter, und damit zum Sozialismus.

Glaube man nur nicht, daß der Sozialismus aufblühe, wenn es den Arbeitern recht schlecht geht — Bescheidenheit, Muthlosigkeit und Demuth sind meist die Folge davon. Bei relativ gutem Geschäftsgang aber erhält der Arbeiter wieder Muth, da er besser ist und trinkt. Neue Bedürfnisse stellen sich ein, unter ihnen der Trieb zur Bildung, und mit den neuen Bedürfnissen der Drang zur Befriedigung. Das gibt revolutionäre Stimmung. *)

Deshalb billigen wir auch sämtliche Bestrebungen der Ar-
beiter, ihre momentane Lage zu verbessern — natürlich in der Gesamtheit. Die Verbesserung der Lage des Einzelnen erzeugt nur Spießbürger und Philister.

Uebrigens will auch der Zentralrath eine Verkürzung der Arbeitszeit nach „freier Vereinbarung“ zwischen Arbeiter und Arbeitgeber. Also wieder einmal der Harmonieblödsinn. Diese „freie Vereinbarung“ wird immer darauf hinauslaufen, daß bei guter Geschäftskonjunktur der Fabrikherr mit seinen Fabrik-
flaven eine 12—14stündige, bei schlechter Konjunktur dagegen zunächst auf Grund des verstärkten Arbeitsangebots eine noch höhere Arbeitszeit „frei vereinbart“, bis die Geschäfte ganz dar-
niederliegen und er nur noch aus „Humanität“ — d. h., um sich einen allezeit disponiblen Stamm zu halten — halbe und dreiviertel Tage arbeiten läßt — selbstverständlich immer nur auf Grund „freier Vereinbarung“.

Thatsächlich wirkt die Konkurrenz der Kapitalisten und Fabri-
kanten unter sich viel mächtiger und bestimmender auf die Arbeitszeit, als eine „freie“ Vereinbarung der Arbeitgeber und Arbeiter. Aber auch die Arbeiter werden in guter Zeit einen höheren Lohn und eine geringere Arbeitszeit fordern, und so löst sich das ganze Harmoniegedudel in Streit und Streit auf. Die Lebensstellung der Arbeiter bleibt eine ungewisse, und die Ausbeutung der Arbeitskraft besteht in alle Ewigkeit fort.

Gesetzlicher Normalarbeitstag — Minimalarbeitslohn — Recht auf Arbeit aber würden nach und nach hinführen zum Recht der Arbeit und zur sozialistischen Gesellschaft.

Darum fordern wir sie von der heutigen Gesellschaft, und wenn dieselbe sie uns verweigert, nun so wird die sozialistische Gesellschaft eben auf anderem Wege verwirklicht werden — trotz Bismarck, Stöcker und Max Hirsch.

Die soziale Frage und die Reichsregierung. **)

Die Reichsregierung läßt fast tagtäglich durch ihre Organe erklären, daß es ihr um nichts Geringeres zu thun sei, als um Aufbesserung der Lage des arbeitenden Volkes. Die Maßnahmen jedoch, durch welche sie dieses Ziel erreichen will, müssen in jedem billigen Denker die Ueberzeugung hervorrufen, daß dieselben vielfach verkehrt sind, und daß die Regierung damit nur begnügt, unter dem Schutze einer Parteinahme für die Reichsleiden, die monarchistische Gewalt zu stärken. Man wird in dieser Ansicht noch bestärkt durch das fortwährende Rätheln der regierenden Kreise an den im freiheitlichen Sinne gegebenen Institutionen des Reiches. Vornehmlich ist das allgemeine Wahlrecht ihnen ein Dorn im Auge; noch mehr alle aus ihm hervorgehenden Wahlen, und sogar die auf einem Census beruhenden werden gleichsam als unzulässig, als gemeingefährlich hingestellt. Man entsetzt sich nicht, die alten Ständeversammlungen, wenn auch mit einigen unwesentlichen Modifikationen, als einzige den Bedürfnissen des Staates entsprechende Volksvertretung anzupreisen.

Wir ist es nun hauptsächlich darum zu thun, die Beweise für meine erste Behauptung zu liefern, daß der Weg, den die Reichsregierung zur Aufbesserung der niederen Klassen eingeschlagen, vielfach verkehrt ist.

*) Das zeigt sich gerade im gegenwärtigen Moment. Unleugbar ist seit dem Jahre 1880 in allen Industriekreisen eine gewisse Aufbesserung der Geschäfte zu verzeichnen, und schon sehen wir parallel mit ihr die radikale Arbeiterbewegung einen neuen Aufschwung nehmen. Man konnte die Wirkung von Geschäftskrisis und Industriekrisis auf das Proletariat fast dahin charakterisieren, daß in der Ersteren die Arbeiter denken, beim Letzteren handeln lernen. So schult in ihrem Kreislauf die bilgerichte Gesellschaft selbst die Elemente, die ihr im gegebenen Momente den Garau machen werden.

**) Dieser schlichte Artikel, der in der Hauptsache den Nagel auf den Kopf trifft, rührt von einem Weber aus dem entlegensten Distrikte des sächsischen Erzgebirges her, dessen ganze Lectüre, wie er uns klug, im „Chemnitzer Tageblatt“ besteht. Wir werden dafür sorgen, daß er in Zukunft bessere Lectüre erhält.

Nicht, daß ich glaube, ein Reichsunfall- oder ein Invalidenversicherungsgesetz und Altersversorgungsgesetz hätten — vorausgesetzt, daß diese Gesetze auf alle Arbeiter ohne Ausnahme ausgedehnt würden — durchaus nichts Gutes. Aber die Reichsregierung würde sich ein wirkliches Verdienst um die Sache der Arbeiter erwerben, wenn sie sich den Bestrebungen der Schweiz (die Arbeiterverhältnisse auf internationalem Wege zu regeln) anschließen würde. Ein internationales Fabrikgesetz, enthaltend als Hauptbestimmungen den zehnstündigen Normalarbeitstag, resp. die achtstündigen für jugendliche Arbeiter und Frauen, sowie die letzteren überhaupt in Fabriken beschäftigt werden dürfen, Verbot der Kinderarbeit, das Institut der Fabrikinspektoren, (welches beiläufig bemerkt bei uns schon besteht, nur daß der Letzteren viel zu wenig und die Vollmachten viel zu geringe sind) u. s. w. u. s. w., würde von viel wohlthätigeren Folgen sein, als hundert Unfall-, Invalidenversicherungs- und Altersversorgungsgesetze.

Der Normalarbeitstag würde die Ueberproduktion beseitigen und die Hausindustrie konkurrenzfähiger machen. *)), dadurch, daß die jugendlichen Arbeiter vier Stunden arbeiten dürfen, würden die Fabrikanten gezwungen, wieder mehr auf die Kategorien der älteren Arbeiter zurückzugehen.

Das angeblich durch die Gewerbefreiheit vernichtete Familienleben würde sich wieder heben, der Mann wieder in seine frühere Stellung als Ernährer eingesetzt, während er jetzt in vielen Familien vor dem Ofenloch sitzen muß und Frau und Kinder in die Fabrik gehen. Außerdem würde sich durch diese Bestimmung, sowie durch die Beschränkung der Frauenarbeit, Moral und Sitte wieder heben. Kurz und gut, das gesammte Volkswesen erhielte durch ein solches Gesetz einen neuen Aufschwung, während die Versicherungs- und Altersversorgungsgesetze nur den Verunglückten und Untauglichen etwas nügen.

Diesem Probleme steht die Reichsregierung angeblich sympathisch gegen-
über, aber — sie will sich „vor der Hand nicht daran betheiligen“. So schreiben nämlich die Regierungsbücher. Darum ist das Vorgehen der deutschen Regierung nur ein halbes, ein verkehrtes zu nennen, und im Hinblick darauf, daß sie die schwarzesten Reaktionen zu Anhängern zählt, daß selbst ein Putzmeister jetzt als je ein Minister auf dem Ministerseffel sitzt, muß jeder Unparteiische zu der Annahme gelangen, daß es ihr bloß darum zu thun ist, die freiheitlichen Bestrebungen im Volke zu unterdrücken, daß also hinter dem vorkonventionellen Gesicht weiter nichts steckt als der nackte Absolutismus mit seiner Zucannei. Aug. -v.

Vom Reichstage.

Berlin, 5. Mai 1882.

Heute, mit der Generaldebatte über die Gewerbeordnungs-
Novelle, beginnt die Arbeit der Session. Als Vertreter der Sozialdemokratie wird Kaiser sprechen, und natürlich auf's Energetischste die geplante Beschränkung des Haushandels bekämpfen und das projektirte Verbot der Kolportage mit politischen Schriften als ein schamloses Attentat auf die Pressefreiheit brandmarken. Die durch und durch reaktionäre Regierungsvorlage fällt wahr-
scheinlich.

Zum Sprecher gegen die Monopolvorlage ist in erster Linie
Wolff besetzt; außer ihm werden auch Hasenclever und Geiser zum Wort zu gelangen suchen. Ueber das Unfallver-
sicherungsgesetz werden Liebknecht und über das Kranken-
fassungsgesetz Krüger in erster Lesung sprechen.

Der Antrag „Liebknecht und Genossen“ auf Aufhebung sämt-
licher Ausnahmengesetze ist schon eingebracht; wird aber wohl erst kurz vor Pfingsten, vielleicht noch später, zur Diskussion kommen. Die fortschrittlichen Abgeordneten Wundt, Lenzmann und Phil-
lips, die schon in voriger Session den Antrag unterschrieben hatten — um die Zahl der nöthigen 15 voll zu machen — haben auch diesmal bereitwillig ihre Unterschrift gegeben, was anerkannt werden muß. An die Herren Volksparteiler, die — mit Ausnahme des noch nicht an-
wesenden Köhl — sich das letztemal höchst schäbig benahmten, haben wir uns gar nicht gewendet.

Bezüglich der Monopolvorlage gedenken die Fortschrittler, Sezessionisten und ein Theil der Nationalliberalen einen Antrag auf Plenar-
beratung, also gegen Verweisung an eine Kommission, zu stellen. Da es uns darum zu thun ist, daß dieser „Wurm, der nicht sterben kann“, schließlich doch von seinem irdischen Leben erlös und rito, in Form parlamentarischen Rechts, abgemurkt wird, und da wir ja von freihändlerischen Bestimmungen nichts verspüren, so werden wir für kommissarische Berathung stimmen, die eine methodischere Abschla-
tung ermöglicht.

Bei der zweiten und dritten Berathung der vorliegenden Geset-
zentwürfe werden unsere Parteianhänger auch in allen Detailpunkten zur Geltung gebracht werden; und es sind — im Einklang mit unseren jeden Personenkultus und natürlich auch jede Parlements-
aristokratie ausschließenden Prinzipien — unsere Dispositionen so getroffen, daß jeder sozialdemokratische Abgeordnete die Gelegenheit erhält, seine Pflicht im Reichstage zu thun.

Die reaktionären Parteien möchten für ihr Leben gern die zum größten Theil schon fertigen Berichte der Wahlprüfungscommission

*) Der Normalarbeitstag genügt allerdings nicht zur Beseitigung der „Ueberproduktion“, die eine notwendige Folge der kapitalistischen Pro-
duktionsweise ist und erst aufhören wird, wenn Produktion und Konsumtion durch eine vernünftige Organisation der Arbeit in Harmonie gebracht sind. Was die Hausindustrie betrifft, so ist deren Erhaltung durchaus nicht wünschenswerth — schon deshalb, weil sie eine Kontrolle des Staates unmöglich macht. Die Konkurrenzfähigkeit der Hausindustrie ist also von unserem Standpunkte durchaus nicht zu erheben — es wäre auch eine Utopie — und die in der Hausindustrie Beschäftigten haben kein höheres Interesse, als daß die Hausindustrie verschwindet, den in ihr Beschäftigten aber lohnendere und gesünder Arbeit geschafft wird.

*) Geschichte übrigens auch dem oft genug von den staatlichen Post-
mardern.

über die Wahlproteste nicht aus dem Saale herauslassen. Wir werden Alles aufbieten, um dieses nichtswürdige Manöver zu vereiteln. Wäre es diesen Herren Reaktionen nach, so würden — wie das in einem Fall ja thatsächlich vorgekommen ist — die Kaffnungen der Mandate erst am letzten Tage der Legislaturperiode ausgesprochen, so daß die unrechtmäßig Gewählten ihr gestohlenes oder geraubtes Mandat ungehindert bis zu Ende ansitzen könnten. Nun — die einmal wird's sicherlich nicht gelingen. Es herrscht in diesem Reichstag eine etwas bessere Temperatur als in den früheren Reichstagen — und die unverkündete Rücksichtslosigkeit, mit welcher Bismarck soeben die Session des preussischen Landtags verlängert hat — bloß um Land- und Reichstag zu schieben — hat die „Versöhnung“ zu positiver Erbitterung gesteigert. Nur noch ein paar brutale Schritte — und, wer weiß, der deutsche Reichstag erhebt sich zur Höhe des Wurms, der den Fuß nicht, von welchem er getreten wird.

Sozialpolitische Rundschau.

Zürich, 10. Mai 1882.

— Irland, das ungebirgige, steht wieder einmal im Vordergrund des öffentlichen Interesses. Die Taktik der irischen Landliga, alle größeren Zusammenkünfte zu vermeiden, sonst aber ihre Gegner bei jeder Gelegenheit zu schwächen, hat über die jamose Gladstone-Forscherische Unterdrückungspolitik den Sieg davon getragen. Die konservativen Landlords sind schließlich so müde geworden, daß sie ein Ende, mit Schreden einem Schreden ohne Ende vorgezogen und den Versuch machten, mit den Irländern einen Kompromiß gegen Gladstone zu schließen, indem sie dessen Landbill zu überbieten suchten und sich für eine Landreform in dem Sinne erklärten, daß den irischen Pächtern durch Gewährung von Staatsvorschußen die Möglichkeit werden sollte, ihren Pachtzins abzulösen und freie Bauern zu werden. Auf diese Weise retten nämlich die Herren vermittelst des Staatsfiskus für sich, was überhaupt zu retten ist, ganz abgesehen von der Aussicht, Gladstone aus dem Sattel zu heben. Dieser alte Pfliffus aber war schon genug, den „Zuorkommenden“ zu spielen, und erklärte sich mit dem Grundgedanken der vorgeschlagenen Abfassungsabill einverstanden. Er berief seinen Vandalenlord Forster ab und schickte an dessen Stelle den in jeder Beziehung unbedeutenden Lord Cavendish als Staatssekretär nach Dublin. Ebenso mußte der Lord Statthalter von Irland, Cowper Tempier, abtreten. Dagegen wurden die gefangenen Führer der Landliga auf freien Fuß gesetzt. Darob großer Jubel unter den Anhängern derselben, der übrigens ganz berechtigt war, denn sie durften sich eines großen Erfolges rühmen.

Dieser Jubel wird nun plötzlich durch die Ermordung des neuen Staatssekretärs, des obengenannten Cavendish, und des Unterstaatssekretärs Bourke sehr empfindlich gestört. Da zur Stunde, wo wir diese Zeilen niederschreiben, über die Motive der Ermordung noch nichts bekannt ist, so enthalten wir uns jetzt jeden Urtheils darüber. Wir stehen nicht auf dem abgeschwachten Standpunkte, in jedem politischen Morde eine revolutionäre „That“ zu erblicken, sondern überlassen diese Verwechslung von Revolutionarismus und Verantwält anderen Leuten. Genug, die zwei zur Einleitung der „Versöhnungspolitik“ abgeschickten englischen Beamten sind ermordet worden, und ist infolgedessen in England die Stimmung eine den Irländern außerordentlich feindselige. Nicht nur die Konservativen, sondern auch ein großer Theil der sogenannten Liberalen, die Whigs, streifen nach entschiedener Aenderung der Politik den Irländern gegenüber. Die Führer der irischen Landliga aber erlassen ein Manifest, in welchem sie ihre „Empörung“ über das Attentat in Dublin ansprechen und ihre Landsteuern auffordern, ein Gleiches zu thun.

Es wird nicht an Stimmen fehlen, welche dieses Vorgehen als einen „Verrat“ am irischen Volk“ bezeichnen, und die Herren Barnett, Davitt & Co. als von der englischen Regierung „gekauft“ hinstellen werden. Wir beurtheilen die Sache tühler. Wir haben in den genannten Herren niemals Revolutionäre in unserem Sinne erblicken können und auch deshalb nur ein mittelbäiges Käsejucken gehabt, wenn sie anarchistischerweise bald als „Parlamentshumburger“ niedergestrichen, bald als „wahre Volksmänner“ unseren Abgeordneten gegenübergestellt wurden. Der Kampf der Irländer ist so grundverschieden von dem Kampf unserer Partei, die Ziele gehen so weit auseinander, die Traditionen des Volkes, die ganze Situation überhaupt ist eine so grundverschiedene von der Situation in Deutschland, daß auch die Taktik naturgemäß eine andere sein muß. Die irische Erhebung ist ihrem sozialen Charakter nach eine rein agrarische, und zwar wesentlich eine Erhebung der kleinen Pächter, die unabhängige Bauern werden wollen. Von unserem Standpunkte ist ihre Tendenz daher im Grunde eine reaktionäre, da wir den kleinen Grundbesitz als einen Fortschritt gegenüber dem Großgrundbesitz nicht anerkennen können. An Versuchen, den Irländern den Gedanken einer Nationalisierung des Grund und Bodens im Interesse der Gesamtheit nahezu legen, hat es nicht gefehlt, namentlich hat der Korrespondent der „Irish World“ (Irische Welt), Herr Henry George, Verfasser des auch in deutscher Sprache erschienenen sehr interessanten Buches „Fortschritt und Armuth“, in diesem Sinne zu wirken gesucht, aber gegen die allgemeine Strömung läßt sich eben nichts machen, die große Masse, auf welche es ankam, will davon nichts wissen, sie muß erst durch Erfahrung klug, durch den Gang der Ereignisse selbst weiter getrieben werden.

Nehmen wir aber die Irländer, wie sie sind, so können sie, wie gesagt, auf ihre bisherigen Erfolge stolz sein. Die ihnen verhassten Beamten sind abgetreten, die Zwangsabill ist nicht erneuert worden, die rückständigen Pachtzins sollen zum Theil den Pächtern ganz erlassen, zum Theil vom Staat gegen billige Amortisation übernommen werden, die Landlords suchen zu retten, was zu retten ist, ehe ihnen das Land von

den Bauern genommen wird — und diese günstige Situation verdanken die Irländer der Energie, mit welcher sie gezeigt haben, daß sie entschlossen sind, zu wollen, und mit welcher sie ihrem Willen, wo es darauf an kam, durch die That Nachdruck verliehen haben.

Ob und inwiefern die Sachlage durch die Ermordung von Cavendish eine Aenderung erfahren wird, läßt sich in diesem Augenblick natürlich nicht vorabbestimmen; wir glauben aber, daß das in England erhobene Geschrei nach „strengerer Maßnahme“, nach „energischer Unterdrückung“ nicht viel auf sich hat. Die Irländer haben John Bull gezeigt, daß sie keinen Spaß verstehen und schießen können.

— Ein Kuriosum. Im Reichstag saß vor Jahren ein Abgeordneter von wahrhaft phänomenaler Harmlosigkeit — ein Vertreter „des kleinen Mannes“ in Hamburg, ein Herr Richter, trotz Eugen's eine durch und durch ehrliche Haut, in der Politik Fortschrittler der besseren Sorte, und in puncto Nationalökonomie seinem polternden, schreibsüchtigen Namens- (und Fraktions-) Kollegen ungefähr gewachsen, wo nicht gar „über“, was freilich sehr wenig sagen will. Wohl — dieser harmloseste der Richter, den nach zehnjähriger Parlamentspause sein Unferu wieder in den Reichstag gebracht hat, wurde vor wenigen Tagen auf Requisition der Staatsanwaltschaft über eine angebliche majestätsbeleidigerische Aeußerung vernommen, die er, laut einer Denunziation, vor 4 Jahren, in der tocken Attentatsfieber-Periode gethan haben soll. Während dieser 4 Jahre hatte er von dieser angeblichen Aeußerung keine Ahnung gehabt, kein Sterbenswörtchen gehört, und nun plötzlich steht er sich einem Denunzianten gegenüber, der, durch die Wuth auf ihn aufmerksam geworden, wegen irgend einer Privatdifferenz sein Mißthun an ihm kühnen will und bereit ist, zu beschwören, daß der unglückliche Richter die fragliche Aeußerung, von der dieser, wie gesagt, nicht die leiseste Erinnerung hat, wirklich gethan, und daß er, der Denunziant, sie gehört habe.

Das Ganze klingt grotesk lächerlich, wie ein schlechter Witz, und zwar ein recht schlechter. Es ist aber dachstäblich wahr, und für Herrn Richter auch durchaus nicht ipsohilo, denn wenn es ihm nicht gelingt — und dazu ist sehr geringe Aussicht nach so langer Zeit — einen Mißi-Beweis zu erbringen oder sonst die Unrichtigkeit der denunziatorischen Zeugenaussage zu beweisen, so muß er glückseligsten Falles auf einige Monate in's Gefängniß.

Eine Verjährung gibt's für derlei „Verbrechen“ nicht, wenigstens nicht in absehbarer Zeit; ein majestätsbeleidigerisches Wort behält seine gefährliche Wirkung volle 10 Jahre lang — d. h. länger, als unser monarchisches Europa Aussicht hat, fortzubestehen — und gleicht jenem berühmten Klapperschlangenaß aus Weidinger, der, in einem Stiefel stecken geblieben, noch nach vielen Jahren dem Eigenthümer des Stiefels verderblich wurde.

Daß die Majestätsbeleidigungsprozesse sich wieder zu häufen beginnen, ist übrigens für unsere Freunde kein gutes Zeichen. Sagte doch schon Tacitus, nur wenn die Achtung vor der Majestät gesunken sei, könne es eine Majestätsbeleidigung geben. Und er hatte Recht: jeder Majestätsbeleidigungsprozeß ist ein testimonium paupertatis des Monarchismus.

— Russisches aus Bayern. Ein Monstreprozeß, besser ein Stück schamloser Polizeijunkie, spielt sich im Augenblick in München gegen 18 unserer Parteigenossen ab. Vor mehr als vier Monaten erdachte die Münchner Fernandab unter Anführung vom „Reinoldsmichel“, valgo Michel Gehret, eine angeblich geheime Sozialistenversammlung. Anfangs wurden die schauerlichsten Gerüchte über die Versammelten, die an einem Sonntag Nachmittag in Ketten von einem ca. dreiviertel Stunde von München entfernten Orte durch die Stadt hindurch ins Gefängniß transportirt worden waren, verbreitet; sie sollten schauerliche Mordpläne entworfen haben, namentlich hätten sie es auf Michel abgesehen, ein Mann, mit einem Revolver bewaffnet, habe auf Bohnen gefassten, um jeden unbedingten Eindringling über den Haufen zu schießen — kurz, über die Riblisten konnten keine abenteuerlicheren Gerüchte im Schwunge sein, als Schrettmichel und seine Bande über die 18 verhafteten Arbeiter verbreiteten. Unzweifelhaft war der Revolvermann ein guter Freund der Polizei, denn während alle übrigen Versammelten in Ketten geschlossen transportirt wurden, behandelte man gerade diesen so freundschaftlich, daß er auf dem Transport nach der Stadt dem wachsamem Auge der so feindlichen Polizeibande „unbemerkt entwichen“ konnte. Vergebens wiesen die Verhafteten nach, daß an dem ganzen Geschwäg kein wahres Wort, vergebens erklärten sie Raun für Raun, den verhängnisvollen Unbekannten mit dem Revolver gar nicht zu kennen, die Polizei hatte sie einmal in ihren Krallen und ließ sie nicht heraus. Jetzt endlich, nach 16 wöchentlichem Unterjuchungsdienst, ist die Anklage gegen unsere Genossen aufgestellt worden, und zwar

„gehört auf die nicht eidliche Aussage eines Unbekannten, welcher dem eiblichen Verhör des Herrn Gehret zufolge, diesem die Belasungsmomente schriftlich hinterbracht haben soll“.

Auf gut deutsch heißt das: Auf die feige Denunziation eines ehrlosen Dalkunken an einen noch ehrloseren Polizeischuft.

Und worauf lautet die Anklage? Was ist das fürchterliche Verbrechen, wegen dessen 18 brave Arbeiter mehr als vier Monate hinter Schloß und Riegel gehalten werden? Verdacht der Theilnehmung an Verbindungen, deren Zweck, Dasein und Verfassung vor der bayerischen Staatsregierung geheim gehalten werden sollte, und welche in Wirklichkeit dahin abgezielt hätten, entgegen dem Sozialistengesetze Umsturzbestrebungen zu befördern und verbotene Schriften gleicher Tendenz zu verbreiten, um

so die Vollziehung des fraglichen Reichsgesetzes durch ungesetzliche Mittel zu entkräften und zu verhindern.“ Dagegen sind die Angeklagten nicht verdächtig, verbotene Schriften verbreitet zu haben.“ Das heißt, die Angeklagten haben weiter nichts verbrochen, als — ohne bei Gehret anzufragen — ihrer 18 zusammenzukommen. Das ist das ganze Verbrechen. Alles andere ist Polizeijunkerei. Ist einer solchen Schandwirthschaft gegenüber unsere Einleitungsbezeichnung „Russisches aus Bayern“ zuviel gesagt?

— Damit beim Ernst auch der Humor nicht fehle, hat Schrettmichel in der Untersuchung sich bitter darüber beklagt, daß unter den Sozialisten allgemein Spitznamen im Gebrauch seien, und es daher selbst seinem bekannten Scharffinn nicht gelingen wolle, die geheimnißvollen Pöbeln, denen er auf die Spur gekommen, zu entwirren. Armer, verwirrter Gehret, Du hast Recht! Man sollte die Spitznamen durch ein Reichsgesetz unterlagen.

— Polizeiliches aus Hessen. Aus Darmstadt wird uns geschrieben: Der Hofverrathesprozeß wäre also richtig wieder fertig. Wie ich in meinem Bericht in Nr. 14 mitgeteilt, wurde ein auf den Namen Jean Fischer geteilter „Riegender Agitator“ der Wok'schen Richtung dadurch hier verhaftet, daß man ihn von London aus an die Adresse eines Polizeispiegels sandte, der denn auch pflichtschuldig seinen Rapport der Behörde überbrachte. Der Verhaftete hatte aber noch einige Briefe an Gleichgestimmte in Bornheim und Hanau, die er, statt sie schon unterwegs oder doch wenigstens selbst in den Briefkasten zu werfen, besagtem Spiegel (Seibert) zur Beforgung übergab. Nicht etwa, daß die Briefe nun an die Polizei volens volens abgeliefert, resp. von ihr abgenommen wurden — Gott bewahre! Es würde vom hohen Polizeirath beschloffen, um bei uns ja keinen Verdacht aufkommen zu lassen, bei Seibert eine ordnungsmäßige Hausdurchsuchung vorzunehmen, bei welcher dann die Briefe in der Tischschublade des Seibert vorgefunden werden mußten. Ja, ja, Herr Lampe, Sie wundern sich, daß wir Ihren Befehl so genau gefaßt? O wüßten Sie, in welcher unmittelbarer Nähe von Ihnen wir unsern Berichterhalter haben! Doch wieder zur Sache. Die Polizei fand, wie geplant war, die Briefe vor, und nun gibt's Untersuchungen auf Untersuchungen wegen „Hofverrath“. Welches Glück die Polizei damit hat, wird sich vielleicht nach ein paar Jahren finden. Freilich gibt das der Polizei wieder neuen Mut, auf uns herumzujagen; die Polizeifreuden vergehen geradezu vor Wuth, weil es ihnen immer noch nicht gelang, einen der Unserigen zu fassen.

Wie schlecht die Polizei ist, mögen die Genossen daraus ersehen, daß sie sogar in unseren eigenen Reihen Spione dinsten will. Namentlich gilt dies vom Kommissär Rinn, der alle Mienen springen läßt, und dem es — nach eigener Aussage — an ungezähltem Geld nicht ankommt, wenn er nur von den Genossen Binkert und Müller etwas erfahren kann. Natürlich wurde dieses Anführen von dem Betreffenden zurückgewiesen, ob aber alle Eingeweihten derartigen schäutigen Auerbietungen gegenüber standhaft bleiben, ist eine Frage, die zwar nicht beantwortet werden kann, welche aber immerhin zur größten Vorsicht mahnt. Man lasse ja nicht den Gedanken aufkommen, die Polizeischergen seien Produkte der heutigen Gesellschaft, und man dürfe über sie als solche kein allzustrenges Verdikt fällen. Daß fast Jeder ohne Ausnahme neben ehrloser Gefinnung auch eine gehäbrige Portion Denunziantensinn hat, geht aus Folgendem hervor:

Hat da ein Wirth, dessen Lokalitäten sich von anderen Wirthshäusern dadurch vorthelhaft unterscheiden, daß in ersteren kein Militär verkehren darf, eine schwarze Katze. Jemand ein Kind hatte aus Spielerei dieser Katze ein rothes Bändchen um den Hals geknüpft. Vielleicht im Bewußtsein, ein rothes Bändchen zu haben, wurde die Katze demnach von hochverräterischen Gedanken erfüllt, daß sie sich bis auf die Strafe wagte. Plötzlich saß sie so ein Schnupfenstich und dem Wirth wurde ein Protokoll gemacht, „weil seine Katze in demonstrativer Weise die rothe Farbe trug.“ Es wird vielleicht mancher Genosse das Gefolge für ungläublich halten, wer aber die unverkündete Dummheit unserer Polizei kennt, den wird so etwas nicht befremden.

Propos! Gestern fand auch die Gerichtsverhandlung gegen Frau Anna Lesser von hier und Frau Selma Wüllauwe. Schad aus Beuthen hat, weil sie sich belommen liegen, gegen unsere jittenpolizeilichen Zustände zu sprechen und das Verhalten der Behörden zur Prostitution einer scharfen Kritik zu unterziehen. Der Staatsanwalt wies darauf hin, daß der britisch-kontinentale Bund destruktive Ziele verfolge und die heutige Gesellschaftsordnung ändern wolle. O Staatsanwaltschaftliche Weisheit, die wohl nur in einem Bordell zu solcher Blüthe kommen konnte! Wer also gegen die griechische Prostitution eifert, will die Gesellschaftsordnung umwälzen, verlost destruktive Ziele! Wahrlich, brachisch könnte unser beher Agitator die Zustände nicht kennzeichnen, als es hier — allerdings von einem geistlosbedingten Jungen, der kaum sein juridisches Examen absolviert — gefehlet ist. Doch wie kam das? Ich will es den Lesern noch kurz mittheilen zur Nachseherung für die, so zu uns gehören, zur Schande für die staatsanwaltschaftliche, richterliche und polizeiliche Sippshaft.

Frau Lesser bewohnte mit Genosse Müller dasselbe Haus. Die Anklage gegen sie war nicht gut aufrecht zu halten. Vielleicht hat Müller sein Verdict in ihrer Wohnung, kalkultre die Polizei in ihrer polizeiwidrigen Dummheit, darum einmal gehäusacht bei ihr; und natürlich wurde hiezu ein Tag gewählt, an dem Frau Lesser nicht da, also ihre Wohnung geschlossen war. Diefelbe wurde nun mit Gewalt angebrochen, und das hat Frau Lesser in der Verhandlung gebrandmarkt, indem sie ausführte, daß die Polizeier wie Diebe bei ihr eingebrochen seien und energisch gegen solch schmachvolle Beleidigung protestirte, wofür sie vom Richter mit einer Strafe von 3 Mk. wegen Ungehörigkeit bedacht wurde. Das ist

Feuilleton.

Bruno Bauer und das Christenthum.

Von Friedrich Engels.

(Schluß.)

Ueber die Ursachen, die dem Christenthum zum Sieg und zur Welt Herrschaft verholfen haben, gibt Bauer auch sehr werthvolle Daten. Aber hier tritt der Idealismus*) des deutschen Philosophen ihm in den Weg, verhindert ihn klar zu sehen und scharf zu formuliren. Die Ursache muß oft am entscheidenden Punkt statt der Sache Dienst thun. Statt also auf die Ansichten Bauer's in Einzelnen einzugehen, geben wir lieber unsere eigene, außer auf Bauer's Schriften auch auf selbständigen Studien beruhende Auffassung dieses Punktes.

Die römische Eroberung löste in allen unterworfenen Ländern zunächst direkt die früheren politischen Zustände und sodann indirekt auch die alten gesellschaftlichen Lebensbedingungen auf. Erstens, indem sie an die Stelle der früheren bündelischen Gliederung (abgesehen von der Sklaverei) den einfachen Unterschied zwischen römischen Bürgern und Nichtbürgern oder Staatsunterthanen setzte. Zweitens, und hauptsächlich, durch die Erpressungen im Namen des römischen Staates. Wurde der Vereinerungswuth der Statthalter unter dem Kaiserreich im Staatsinteresse möglichst ein Ziel gesetzt, so trat an deren Stelle die Feud und mit wachsender Kraft wirkende, immer mehr angezogene Steuerkränze für den Staatsfiskus — eine Ausfugung, die zunächst anlösend wirkte. Drittens endlich wurde überall nach römischem Recht von römischen Richtern

geurtheilt, die einheimischen gesellschaftlichen Ordnungen damit für ungültig erklärt, soweit sie nicht mit römischer Rechtsordnung stimmten. Diese drei Hebel mußten mit angehenerer nivellirender Kraft wirken, namentlich wenn sie ein paar Jahrhunderte lang angelegt wurden an Bevölkerung, deren fröhlicher Theil schon in den der Eroberung vorhergehenden, sie begleitenden, und noch oft ihr folgenden Kämpfen niedergemacht oder in die Sklaverei abgeführt war. Die sozialen Verhältnisse der Provinzen näherten sich immer mehr denen der Hauptstadt und Italiens. Die Bevölkerung theilte sich mehr und mehr in drei, aus den verschiedensten Elementen und Nationalitäten zusammengewürfelte Klassen: Reiche, darunter nicht wenig freigelassene Sklaven (s. Petronius), Großgrundbesitzer, Jinswucherer oder Seides, wie der Dialekt des Christenthums, Seneca; bekümmerte Freie, in Rom vom Staate ernährt und beaufsichtigt — in den Provinzen konnten sie leben wie sie fortkamen; endlich die große Masse — Sklaven. Gegenüber dem Staat, d. h. dem Kaiser, waren die beiden ersten Klassen fast ebenso rechtlos wie die Sklaven gegenüber ihren Herren. Namentlich von Iulianus bis Nero war es Regel, reiche Römer zum Tode zu verurtheilen, um ihr Vermögen einzuziehen. Stille der Regierung war, materiell, das Heer, das einer Landeswehrarmee schon weit ähnlicher sah, als dem alten römischen Bauernheer, und — moralisch — die allgemeine Einsicht, daß aus dieser Lage nicht herauszukommen, daß zwar nicht dieser oder jener Kaiser, aber das als Willkürherrschaft gegründete Kaiserthum eine unabänderliche Nothwendigkeit sei. Auf welchen sehr materiellen Thatsachen diese Einsicht beruhte, darauf einzugehen ist hier nicht der Ort.

Der allgemeinen Rechtlosigkeit und Verwerfung an der Möglichkeit besserer Zustände entsprach die allgemeine Erschlaffung und Demoralisation. Die wenigen, noch übrigen Aitrdmcr patriotischer Art und Gewinnung wurden bestigt oder garben aus; ihr letzter ist Tacitus. Die übrigen waren froh, wenn sie sich vom öffentlichen Leben ganz fern halten konnten; Reichthumserwerb und Reichthumsgenuß füllten ihr Dasein aus, Privatfaßch und Privatfabale. Die bekümmerten Freien, in Rom Staatspensianäre, hatten dagegen in den Provinzen einen harten Stand. Arbeiten mußten sie, und das obendrein gegen die Konkurrenz

der Sklaverei. Doch waren sie auf die Städte beschränkt. Neben ihnen gab es in den Provinzen noch Bauern, freie Grundbesitzer (sic und da wohl auch noch in Gemeineigentum) oder, wie in Gallien, Schuldbürge großer Grundherren. Diese Klasse wurde von der gesellschaftlichen Umwälzung am wenigsten berührt; sie stellte auch der religiösen den längsten Widerstand entgegen.**) Endlich die Sklaven, rechtlos und willenlos, in der Unmöglichkeit sich zu befreien, wie schon die Niederlage des Spartakus bewies; aber dabei großentheils selbst ehemalige Freie oder Söhne Freigebohrner. Unter ihnen mußte also noch am meisten lebendiger, wenn auch nach Außen ohnmächtiger Haß gegen ihre Lebenslage vorhanden sein.

Dem entsprechend werden wir auch die Ideologen jener Zeit gerichtet finden. Die Philosophen waren entweder bloße geldverwerbende Schulmeister oder behaltene Postenreicher reicher Prätorer. Manche waren sogar Sklaven. Was aus ihnen wurde, wenn es ihnen gut ging, zeigt Herr Seneca. Dieser Tugend und Enthaltung predigende Stoiker war erster Hofinrtrigant Nero's, was ohne Kriecherei nicht abging, ließ sich von ihm Geld, Güter, Gärten, Polste schenken, und während er den armen Lazarus des Evangeliums predigte, war er in Wirklichkeit der reiche Mann desselben Gleichnisses. Erst als Nero ihm an den Krages wollte, bat er den Kaiser, alle Geschenke zurückzunehmen, seine Philosophie genüge ihm. Nur ganz verrinzelte Philosophen, wie Verulus, schwangen wenigstens die Geißel der Satire über ihre entarteten Zeitgenossen. Was aber die zweite Art der Ideologen angeht, die Juristen, so schmähten diese für die neuen Zustände, weil die Verwirklichung aller Standesunterschiede ihnen erlaubte, ihr gleiches Privatrecht in aller Breite auszuüben, wofür sie dem Kaiser das bündelste Staatsrecht verriechigten, das je existirt hat.

Wit den politischen und sozialen Besonderheiten der Völker hatte das römische Reich auch ihre besondere Religion dem Unterjag geweiht. Alle Religionen des Alterthums waren naturwüchsige Stammes- und

*) Unter „Idealismus“ ist hier die Neigung verstanden, bei Beurtheilung geschichtlicher u. Vorgänge den Hauptwert auf den Einfluß bestimmter „Ideen“ zu legen, dieselben als von „Ideen“ abhängig darzustellen. Kam. der Redaktion.

*) Nach Pallmermer wurde noch im 11. Jahrhundert in der Romagna (Peloponnes) von den Bauern dem Jms großiert.

allerdings in den Augen der Richter ungebühr, wenn man sich nicht auf Gnade und Ungnade in die Hände der Polizei ergibt. Wahrheit großartig war der Eindruck, als Frau Lesfer dem Gerichtshof grad heraus erklärte: „Ich habe von Sozialdemokratie früher nichts gewußt, jetzt aber werde ich die sozialistische Literatur studieren!“ Zum Schluß sei noch bemerkt, daß Frau Lesfer und Gräfin Schach von der Anklage des „groben Unfugs“ freigesprochen wurden. Ludwig V. von Gottes Gnaden.

— Das schwarze Kabinet, eine anerkannte Institution in Oesterreich! In unserem Bruderorgan „Wahrheit“ erzählt ein Arbeiter, J. Ziegrosser, das Schicksal eines an ihn von Paris gefandten Briefes, welchen er sich vom Hauptkassamte hatte abholen müssen. Es hat erst vieler Kreuz- und Querfahrten bedurft, ehe der Adressat überhaupt erfahren konnte, daß der für ihn bestimmte Brief beim Finanzwach-Oberkommissar liege. Nach verschiedenen bureaukratischen Hermonien empfing er ihn endlich dort mit der Weisung, ihn in Gegenwart der Beamten zu öffnen. Aber in welchem Zustand befand sich derselbe? „Beim Öffnen des Couverts“, schreibt der genannte Arbeiter, „vernahm ich nicht das gewöhnliche Rauschen, ich nahm den Inhalt heraus und entfaltete das zusammgelegte einzelne Schreiben, mehr war nicht im Couvert. Nun sah ich aber an den gezeichneten Rändern einen schmalen, von Klebefleisch herabhängenden Kustrieh, und nachdem der Oberkommissar ihn gesehen, mußte er zugeben, daß dieser Brief widerrechtlich geöffnet war, man sich mit dem Inhalt vertraut gemacht und ihn dann wieder zugeklebt hatte.“ Es wird sofort ein Protokoll aufgenommen und in Gegenwart des Adressaten dem Rekonnations-Bureau zu näherer Untersuchung übergeben. Bei der Gelegenheit bemerkt ein Beamter ganz trocken: „Der Brief wird wohl das schwarze Kabinet passiert haben.“ — An der Glaubwürdigkeit dieser Äußerung wird gewiß Niemand zweifeln, sagt der Eufender mit unbeabsichtigter Satire hinzu. Ja, wer wird noch an der Glaubwürdigkeit zweifeln, wenn aus Oesterreich irgend eine Niedertracht gemeldet wird!

Wer aber bezüglich der Wahrung des Briefgeheimnisses in Oesterreich noch Illusionen hatte, sei hiermit gewarnt. — Aus Leipzig, 6. Mai, wird uns geschrieben: „Die Ausweisungslage gegen Eisengarten und die beiden George sind nun doch endgültig bestätigt und auch bereits ausgeführt worden — zur allgemeinen Verwunderung und Entrüstung des „großen“ Publikums, welches, auf die notorische Thatsache stehend, daß die drei Genannten das Opfer einer nichterachtlichen und lägenhaften Privatverurteilung sind, mit Bestimmtheit die Milderung des Urteils erwartete. Inbezug — der Belagerungszustand muß verlängert werden, und die Polizei ist unerschütterlich. Die Staatsraison und das Polizeiregiment erbeichten den Ruin dreier Existenzen, und so wurden diese denn letzten Bluts und heiteren Herzens ruiniert. Die „Tredner Nachrichten“ haben nun neuen Stoff für einen Lobgesang auf die Milde der sächsischen Regierung, die „in ihrer Humanität“ von der „schneidigen Welle“ des Belagerungszustands „nur den schonendsten Gebrauch mochte.“

Es ist ja wahr, statt drei Personen frivoler Weise zu Grunde zu richten, hätte man drei Duzend, drei Hundert, drei Tausend zu Grunde richten können! Welche „Humanität“, daß man das nicht gethan und sich mit drei lumpigen Existenzen begnügt hat! Sie wundern sich vielleicht, daß ich gerade mit diesem Fall mich so ausführlich beschäftige. Es sind schon Hunderte und Tausende durch dieses infame Sozialistengesetz ruiniert worden — da sollte unsern eigentlich an solche Schandthaten gewöhnt sein. Ganz recht, aber es ist doch ein Unterschied. Den Standpunkt unserer Feinde begreife ich, daß sie sich sagen: „Wir stehen mit der Sozialdemokratie auf dem Kriegsfuß, — à la guerre comme à la guerre — im Krieg muß man den Gegner mit allen Waffen niederzuerwerfen suchen.“ Gut! Nur muß es mit christlichen Waffen sein; und nur dürfen die Waffen sich nicht gegen Unschuldige, gegen Nichtkombattanten richten. Das ist durch das Völkerecht und durch internationale Vereinbarungen für den Krieg festgelegt worden. Wer mit unchristlichen Waffen (vergüteten Angeln etc.) kämpft und auf Frauen, Kinder, Unbewaffnete — kurz Nichtkombattanten schießt, stellt sich damit außerhalb des Völkerechts und wird mit Recht als einander Dube betrachtet, als ein geringfügiges Subjekt, das todtgeschlagen werden muß wie ein toller Hund.

Und im politischen Krieg gegen uns achten unsere Feinde der Regeln nicht, welche das Völkerecht für den militärischen Krieg, um dessen Schrecken zu mildern, aufgestellt hat. Man belumpft uns mit unchristlichen Waffen und man schießt auch auf die Nichtkombattanten.

Das ist in dem Falle Eisengarten-George geschehen, und darum verweile ich bei diesem Falle, der die sittliche Verkommenheit, die absolute Gefühl- und Gewissenlosigkeit unserer Feinde plötzliche und drastisch zum Ausdruck bringt.

Die Fälle frivoler Ausweisung werden sich in den nächsten fünf bis sechs Wochen unzweifelhaft häufen. Da unsere Genossen nicht so dumm sind, nach dem belasteten Londoner Polizeirezept zu konspirieren, und außerdem, von allen Geboten, sich das eifrigste mit ganz besonderer Sorgfalt eingepreßt haben, so kann das Material, mit welchem die beschlossene Verlängerung des „Kleinen“ in usum Philistorum — für den Spießbürger-Gebrauch — „motivieren“ ist, nicht an christliche Wege beschafft werden, und da müssen die braven Vertreter der „Ordnung und Moral“ denn pflichtgemäß auf unchristlichen Wegen wandeln. Die unwürdigen Freunde dürfen sogar nicht erkannt sein, wenn

Ihnen nächstens aus Deutschland die Nachricht kommt, es sei irgendwo ein „Attentat“ verübt worden. Unsere Vertreter der „Ordnung und Moral“ sind in so großer Verlegenheit und der „Staat“ ist in so dringender „Gefahr“, daß außerordentliche Rettungsmassregeln sich bald nothwendig erweisen dürften.

Propos: um den Eifer der Polizeiorgane zu schärfen, wird am 11. die Schauerwehr kolportiert, die Sozialdemokratie habe die Ermordung gewisser hervorragend misliebiger gewordenen Beamten dekretirt. Natürlich kann jeder Beamte sich unter die hervorragenden misliebigen zählen, und ist dann natürlich im Interesse seiner Selbsterhaltung gezwungen, sein Möglichstes zur Vernichtung der „Mordbande“ zu thun.

Daß diese Schauerwehr am 11. kolportirt wird, kann ich verbürgen. Details zu gehen, verbietet die Discretion.

Zum Schluß etwas Heitres. Unser Herr Oberbürgermeister, der, von unserer nationalliberalen Pfefferkassette gewählt, ein dreimal in der Wölle geförderter Nationalliberaler ist, hatte am 23. April zu „Königs Geburtstag“ eine Feste auf unseren Albert zu halten. Dieser, ein strammer Fünfziger, hat sich von jeder einer kräftigen Gesundheit, d. h. was den Körper anbelangt, erfreut, und jaßt jeden Zweifel an seiner körperlichen Mäßigkeit als eine schwere Belädigung auf.

Wohlan, in seiner Feste auf den sächsischen Albert passirte es nun dem nationalliberalen Bürgermeister — Georgi heißt der Mann —, daß er in seinem nationalliberalen Eifer statt an den engern Landesherren, an den „Heldengreis“ Wilhelm dachte, und den 85jährigen Kaiser und Preußenkönig vor seinen — wenn der Ausdruck erlaubt ist — geistigen Augen, dem 50-jährigen Sachsenkönig die ungläubliche Sottise sagte, „Gottes ganz besonders gnädiger Schutzherr über seinem (Albert's) Haupt gewaltet, und ihn (Albert) in körperlicher und geistiger Frische erhalten.“ Zum Glück war Albert bloß in einer Gypsbüße anwesend, sonst würde er wohl eine Grimasse des Kergers gezogen, oder einen Lachkrampf bekommen haben — je nachdem.

— „Wenn!“ In ihrem monneseligen Artikel über die Geburt eines angehenden Hohenzollernsprößlings verländert die Berliner „Nationalzeitung“ ihren Lesern, daß das „hohe“ Wikkelfind bereinigt die Geschichte des deutschen Volkes lenken werde, „wenn ihm — dem Wikkelfind — das Geschick günstig“ sei. — Du ahnungsvoller Engel, Du! Diesmal hast Du das Rechte getroffen! Dein „Wenn“ ist mehr wie berechtigt.

— Warnung! Bei der allgemeinen Auswanderungswuth im herrlichen Deutschland richten sich noch vielfach die Blicke der Auswanderer nach Australien, in der Meinung, dort müsse es eher möglich sein, sich eine Existenz zu gründen. Bekümmert wird diese Ansicht noch durch die tendenziösen Berichte der englischen Regierung und der australischen Landagenten. Wie es aber in Wahrheit dort aussieht, darüber gibt nachfolgender, aus von einem Genossen zur Verfügung gestellter Brief eines seit vier Jahren in New-Southwales lebenden Arbeiters beherzigenswerthe Auskunft. Derselbe lautet:

„Lieber Bruder und liebe Freunde! So herzlich gern ich Euch hier haben möchte, bin ich doch froh, daß Ihr nicht gekommen seid.“

„Ich kann Niemand, der in Europa noch im Stande ist, trocken Brod und Käse zu verdienen, rathen, nach Australien zu kommen. Die von gewissen Zeitungen kolportirte Ansicht, es sei hier leicht, Arbeit zu bekommen, ist eine große Unwahrheit. Ich arbeite noch immer in demselben Geschäft hier in Sydney, welches als das Beste im ganzen Lande bekannt ist. Ich habe jetzt 2 Pfund 10 Sch. die Woche, doch was ist das für ein Lohn gegenüber der riesigen Theuerung der Lebensmittel!“

„Ganz abgesehen von verschiedenen europäischen Lebensbedürfnissen, die Einem ganz und gar abgehen, jaßt man für die nothwendigsten Dinge nicht aufzubringende Preise. Zum Beispiel für einen Kohlkopf (Cabage) 10 Pence (85 Fig.). Das Trinkwasser, welches 200 Miles aus dem Lande geholt wird, ist gleichfalls sehr theuer.“

„Dabei bin ich noch immer einer von den Glücklichsten, ich habe wenigstens Arbeit. Hunderte aber hungern monatelang arbeitslos herum. Wird nur ein Arbeiter gefaßt, so wird das Haus förmlich gestürmt, bis die Polizei einschreitet. Und wenn diese Armen dann monatelang vergebens versucht, Arbeit zu bekommen, müssen sie nachher noch froh sein, wenn sich ihnen die Chance bietet, von einem Squatter viele hundert von Miles mit in den „Bush“ genommen zu werden, zu arbeiten, die ihr früherer Kain sind, und welche sie in Europa nie machen würden.“

„An den Küsten, wo das Klima noch erträglich wäre, wird es unträglich gemacht durch die heißen Sandwaffen im Sommer; diese machen es geradezu zu einer Hölle.“

So der Briefschreiber, der, wie unser Genosse mittheilt, einer der besten Arbeiter in seiner Branche ist und perfekt englisch spricht. Für den nicht englisch sprechenden Arbeiter sind die Aussichten natürlich noch viel ungünstiger.

Darum, Ihr Europawäner, seid gewarnt!

— Eine zeitgemäße Anfrage. Wir erhalten folgenden Offenen Brief:

Hamburg, im April 1882.
„Zu Ermägung, daß unter dem Sozialistengesetz die Agitation für die Ausbreitung des Sozialismus eine wesentlich andere sein muß, als zu der Zeit, in welcher unsere Presse, Vereine und Versammlungen das Agitiren besorgten —
„Zu Ermägung ferner, daß auch die heutigen veränderten Zeitverhältnisse eine solche der Zeit mehr entsprechende und die Zeitverhältnisse berücksichtigende Agitation fordern —
„Zu Ermägung drittens; daß es gerade jetzt eine günstige Zeit ist, da alle Welt sich mit Sozialismus befaßt, den wahren Ideen des Sozialismus —

solchen Bewußtseinstroß, nach dieser Flucht aus der äußeren Welt in die innere, sich schneidenden Keuten die Mehrzahl sich finden mußte — unter den Sklaven.“

Zu diese allgemeine ökonomische, politische, intellektuelle und moralische Auffassung trat nur das Christenthum. In allen bisherigen Religionen trat es in entscheidenden Gegensatz.

Bei allen bisherigen Religionen waren die Ceremonien die Hauptsache. Nur durch die Ebeinahme an Opfern und Umzügen, im Orient noch dazu durch die Beobachtung der umständlichsten Diät- und Reinheitsvorschriften, konnte man seine Angehörigkeit bekunden. Während Rom und Griechenland in letzterer Beziehung tolerant waren, herrschte im Orient eine religiöse Verbotsenuth, die zum schließlichen Verfall nicht wenig beigetragen hat. Letzte weiter verschiedener Religionen (Ägypter, Perser, Juden, Chaldäer) können nicht zusammen essen oder trinken, keinen allgütlichen Akt gemeinsam begeben, laum zusammen sprechen. An dieser Scheidung des Menschlichen vom Menschlichen ist der alte Orient großentheils mit untergegangen. Das Christenthum konnte keine schneidenden Ceremonien, nicht einmal die Opfer und Umzüge der Heidnischen Welt. Indem es so alle Nationalreligionen und das ihnen gemeinsame Ceremonielle verwirft, an alle Völker ohne Unterschied sich wendet, wird es selbst die erste mögliche Weltreligion. Auch das Judenthum hatte mit seinem neuen Universalgott einen Anlauf zur Weltreligion genommen; aber die Kinder Israels hielten immer eine Krivolatrie unter den Götzen und Beisatzungen; und selbst das Christenthum mußte die Vorstellung von dem Vorigen der Judenthums (die noch in der sog. Offenbarung Johannis herrsche) erst los werden, ehe es wirkliche Weltreligion werden konnte. Andererseits hat der Jesu, durch Beibehaltung seines spezifisch orientalischen Ceremoniells, selbst sein Ausbreitungsgebiet auf den Orient und das eroberte und von arabischen Beduinen neu bevölkerte Arabien beschränkt; hier konnte er herrschende Religion werden, im Westen nicht.

Zweitens schlug das Christenthum eine Saite an, die in zahllosen Herzen widerklingen mußte. Auf alle Klagen über die Schicklichkeit der Zeiten und das allgemeine materielle und moralische Elend antwortete das christliche Sündenbewußtsein: So ist es, und so kann es nicht anders

sein — wenn auch nur mehr privatim — Anhänger und begeisterte Freunde zu werben —

„richten wir an die Parteigenossen aller Orten folgende Anfrage respektive Bitte:

1. Sind Sie mit uns der Ansicht, daß die Broschüren, welche früher zur Ausbreitung des Sozialismus geschrieben sind, ihrem Zweck nicht mehr ganz entsprechen, daß vielmehr eine Broschüre erscheinen müßte, welche, ausgehend von einer populären Schilderung der heutigen verrotteten Zustände, in passender populärer Sprache die Endziele des Sozialismus Jedem, der sich dafür interessiert, klarlegt? Sind Sie ferner mit uns der Ansicht, daß in einer solchen Broschüre den heutigen Tagesfragen besondere Berücksichtigung gewidmet werden müßte, damit Mancher, der jetzt hin und her schwankt, im Gewühle der Parteimeinungen feste Stellung nehmen könnte, die sich gründet auf die Prinzipien des Sozialismus?

2. Sind Sie mit uns der Ansicht, daß — bei aller Hochachtung vor dem Genie Lassalles — seine Schriften weit mehr ihrem Zweck entsprechen würden, wenn sie umgearbeitet und der heutigen Zeit mehr angepaßt würden? Wir erinnern speziell an die „Indirekten Steuern“, die in einer Umarbeitung, wobei die neueren statistischen Nachweise des Statistikers Dr. Engel berücksichtigt würden, ein noch viel überzeugenderes Agitationsmaterial bieten würden.

3. Sind Sie mit uns der Ansicht, daß nach dem Sage: „Wer Vieles bringt, wird Manchem etwas bringen“, auch die Verbreitung kurzer, kräftig gehaltener Flugschriften, mehr als bisher stattfinden müßte? Zu diesen Wänten auch gerade die Tagesfragen eine Befprechung finden. Wir sind der Meinung, daß nicht bloß die Wahlen, sondern jahraus, jahrein, in gewissen Zwischenräumen Flugschriften unter das Volk gestreut werden müßten, damit es endlich einmal aus der Dienstbarkeit der reaktionären Parteien — wozu wir selbstverständlich auch die Fortschrittspartei rechnen — heraussträte.

Wir wollen in diesen Zeiten nur eine Anregung geben und bitten um Aeußerung hierüber im Parteiorgan. Es ist Zeit, daß wir uns gegenseitig anspornen zu frischen erneuten Anstrengungen und mit Rathschlägen an die Hand gehen, damit wir ein Gegengewicht werden gegen die heutige geistige und materielle Reaktion. Mit sozialdemokratischem Gruß! Respektvolle Hamburger Parteigenossen.“

Wir übergeben diese, nach unserer Ansicht sehr berechtigte Anregung den Genossen allerorts zur eventuellen Discretion.

Um auch unsern Standpunkt hier kurz zu entwickeln, so sind wir im Wesentlichen mit der Auffassung der Fragesteller einverstanden. Daß eine ganze Reihe unserer früheren Broschüren nicht mehr zeitgemäß sind, haben wir bereits in einer früheren Nummer des „Sozialdemokrat“ ausgesprochen und wir glauben, daß es wohl kaum einen Genossen gibt, der anderer Ansicht wäre. Man siehe nur in Betracht, daß es sich bei den meisten unserer Agitationschriften seinerzeit darum gehandelt hat, das damals allmächtige Manchesterthum zu bekämpfen und die Nothwendigkeit des Sozialismus im Allgemeinen nachzuweisen, daß es heute aber außerdem und zwar dringend nötig ist, die inzwischen verführten Verhältnisse des Sozialismus als solche zu kennzeichnen, den Arbeiter zu zeigen, daß Antimanchesterthum noch lange nicht Sozialismus ist, vielmehr unter Umständen ein noch schlimmerer Feind des Arbeiters als die reine unverfälschte Manchesterlehre, die wenigstens das eine Gute hat, klare Situationen zu schaffen.

Die Erkenntniß, daß heute andere Anforderungen an unsere Agitationschriften gestellt werden, als vor dem Sozialistengesetz, ist auch die Ursache, daß von mehreren derselben — trotz lebhafter Nachfrage — noch keine Renaufgaben veranstaltet worden sind. So wird z. B. Bebel's „Unsere Ziele“, das seit jetzt zwei Jahren vollständig vergriffen ist, noch immer lebhaft verlangt, aber Bebel selbst hat vor mehr als Jahresfrist den Wunsch ausgesprochen, daß eine Renaufgabe einmweilen nicht gemacht, sondern damit gewartet werde, bis er Zeit gefunden, eine zeitgemäße Umarbeitung vorzunehmen. Vielleicht trägt der Umstand, daß Bebel diesmal nicht im Reichstag sitzt, dazu bei, daß dies recht bald geschieht.

Was aber die Umarbeitung der Lassalle'schen Schriften anbelangt, so können wir uns dafür nicht erwidern. Diese sind gewissermaßen historische Dokumente, an denen man nicht rütteln soll. Das Einzige, dem wir in dieser Beziehung zustimmen können, wäre, dieselbe mit erläuternden Anmerkungen und Zusätzen zu versehen. Ob dies aber nicht ihren agitatorischen Charakter beeinträchtigen und z. B. gerade die Broschüre über die indirekten Steuern zu umfangreich gestalten würde, ist eine andere Frage.

Sehr einverstanden sind wir wiederum mit dem Vorschlag der Heronsgabe kräftiger, passender Flugschriften, welche entweder die Fragen des Tages in unserem Sinne zu besprechen oder, an solche anknüpfend, das Volk auf die Nothwendigkeit der sozialen Revolution hinzuweisen hätten. Nur meinen wir, daß diese Flugschriften entweder in Deutschland selbst oder mindestens auf Veranlassung oder nach Angabe der Genossen in Deutschland verfaßt werden sollten, sollen sie den gewünschten praktischen Erfolg haben. Wir müssen auch in dieser Beziehung planmäßig vorgehen.

Hauptfache aber ist, daß tüchtig gearbeitet wird. Das selbstzufriedene Bärenhüterthum, wie es hier und da gepflegt wird, muß aufhören. Es ist nicht genug, daß wir das eroberte Terrain zu erhalten streben, wir müssen rastlos bemüht sein, Neues dazu zu erobern!

— Oesterreich. Aus Duz erhalten wir von einem Arbeiter eine Schilderung der Zustände im dortigen Kohlenrevier, aus der wir ersehen, daß die habsburgischen Beamten sich noch viel infamer gegen die armen Bergleute aufgeführt haben, als es aus den Zeitungsberichten hervorging. Die von den Arbeitern der verschiedenen Gruben gewählten Komiteemitglieder, welche das Staatsverbrechen begangen hatten, die Resolution der Arbeiter dem Bezirkshauptmann zu überreichen, sind jaß sämmtlich

sein, an der Verderbtheit der Welt bist Du schuld, Ihr Alle, Deine und Euerer eigene innere Verderbtheit! Und wo war der Mann, der Reiz sagen konnte? Mon culpa! Die Erkenntniß des eigenen Schuldantheils jedes Einzelnen am allgemeinen Unglück war unabweisbar und wurde nun auch Vorbedingung der geistigen Erlösung, die das Christenthum gleichzeitig verkündete. Und diese geistige Erlösung war so eingerichtet, daß sie von den Genossen jeder alten Religionsgemeinschaft leicht verstanden werden konnte. Allen diesen alten Religionen war die Vorstellung des Sühnopfers geläufig, durch das die beleidigte Gottheit versöhnt wurde; wie sollte die Vorstellung von dem ein für alle Mal die Sünden der Menschheit tilgenden Selbstopfer des Mittleren da nicht leicht Euben finden? Judenthums also das Christenthum das allgemein verbreitete Gefühl, daß die Menschen am allgemeinen Verderben selbst Schuld seien, als Sündenbewußtsein jedes Einzelnen zum klaren Ansrud brachte, und gleichzeitig mit dem Opfer des Mittleren eine überall leicht erfassliche Form der allgemeinen erlebten inneren Erlösung von der verderbten Welt, des Bewußtseinstroß's erlebte, bewährte es wieder seine Heiligkeit, Weltreligion zu werden — und zwar eine für die gerade vorliegende Welt passende Religion.

So ist es gekommen, daß unter den Tausenden von Propheten und Predigern in der Wüste, die jene Zeit mit ihren zahllosen Religionsneuerungen erfüllten, allein die Stifter des Christenthums Erfolg gehabt haben. Nicht nur in Palästina, im ganzen Orient wimmerte es von solchen Religionsstiftern, unter denen ein — man kann sagen — darwinistischer Kampf um die ideale Existenz herrschte. Dank vornehmlich den oben entwickelten Elementen, siegte das Christenthum. Und wie es allmählig im Kampf der Sekten unter einander und mit der heidnischen Welt durch natürliche Zuthwahl seinen Charakter als Weltreligion immer weiter ausbildete, das lehrt im Einzelnen die Kirchengeschichte der ersten drei Jahrhunderte.

eingeliefert worden, und zwar wurden sie andächtig einzeln verhaftet und von zwei Polizisten, zwei oder drei Schandarmen und zwei Mann Infanterie — in Summa sechs oder sieben Mann — durch die Straßen von Leipzig ins Gefängnis geschleppt. Am 1. Mai verkündete ein „Kass“, daß „Zusammenrottungen von mehr als vier Mann“ strengstens verboten und, wenn nöthig, mit Gewalt auseinanderzujauchen sind. Die Befragung der Festung Theresienstadt reichte nicht aus, und wurden daher noch Truppen aus Jungbunzlau und Prag herangezogen, welche die Schachtel bewachen und einzelne Fahren Kohlen, die theils aus dem Vorrath in den Schächten gesammelt, theils von Bauern aus der Umgegend aus kleinen Tagelöhnen geliefert worden waren, an ihren Bestimmungsort geleiten mußten — weil Letzteres einen höchst lächerlichen Eindruck machte.

Alle beschäftigungslosen Arbeiter wurden schonungslos in ihre Heimath „abgeschoben“.

„Mehr zu berichten, erlaubt meine Zeit nicht“, schließt der Einsender, „da ich jeden Augenblick erwarten muß, als „Agitator“ verhaftet zu werden. Darum nur noch eine Bitte: Wenn Sie etwas zur Unterstützung für die am meisten bedürftigen Streikenden senden können, so bitte ich Sie recht dringend, das zu thun.“

Der Brief, der uns auf Umwegen zugeht, ist vom 3. Mai datirt, der Briefschreiber hoffte noch, daß der Streik trotz Polizeibrutalität durchgeführt werde, inzwischen ist er jedoch zum Vortheil der Ausbeuter beendet worden — die Arbeiter sind „passivirt“ worden.

(Sendungen zur Unterstützung der Opfer des Streiks werden wir an zuverlässige Adressen besorgen. Red. d. Sozld.)

— Belgien. Die vlamischen Genossen feierten zu Osnen ein erhebendes Fest. Die Genossenschaft feierte nämlich ihre 25-jährige Stiftungsfeier, und es waren aus allen Theilen Belgiens die Genossen herbeizogeströmt, um an derselben theilzunehmen. Der Festtag trotz Beeinflussung der allmächtigen und rücksichtslosen Fabrikanten über 3000 Theilnehmer. Die Meisten derer, welche demselben aus Furcht vor Maßregelung fern geblieben waren, stellten sich aber zu der arrangirten Volksversammlung ein. Die Stimmung unter den Genossen war eine begeisterte, und wird das Fest für das Wachsthum der Partei in ganz Belgien von großer Bedeutung sein.

Am 28. und 29. Mai findet in Verviers der Jahreskongreß der sozialistischen Arbeiterpartei Belgiens statt. Zur Debatte stehen unter Anderem die Frage der Schaffung eines neuen Parteiorgans in französischer Sprache, die sozialistische Agitation im Lande, sowie die Bewegung für das allgemeine Stimmrecht.

Wir senden unseren Brüdern, die unter so schwierigen Umständen unermüdet fortzukämpfen, unsern besten Glückwunsch!

— Frankreich. Weitere Wahlerfolge der sozialistischen Arbeiterpartei: In Albi wurden die Genossen Jolibois (Archivar) und Fabre (Hutmacher) mit 1760, bzw. 1546 Stimmen gewählt, gegen 1151, bzw. 1088, welche die republikanischen Bourgeoisandidaten erzielten; ebenso siegten in Vagnols die beiden Kandidaten der Partei. In Roubaix ist die Stimmenzahl der Sozialisten von 490 auf 1530 gestiegen, in Troyes ergiebt sie eine Stimmenzahl von 1200, während die republikanische Bourgeoisie nur 1100 Stimmen aufbrachte; Sieger blieben diesmal leider noch die Bonapartisten. In La Ferté-sous-Jouarre stellte im zweiten Wahlgang der zur Partei gehörige Fachverein der Mühlensarbeiter seinen Präsidenten St. Martin gegen dessen Arbeitgeber auf; nur mit der knappen Majorität von 62 Stimmen siegte der Letztere, und sein erster Akt war — getrennt von seinem Wahlmanifest figurirenden Devise: Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit — den unerschämten Arbeiter sofort zu entlassen. Mit den Erfolgen wachsen auch die Verfolgungen.

Der „Proletaire“ kündigt das Erscheinen eines neuen täglichen Blattes an, welches, auf dem Boden des Klassenkampfes stehend, die Interessen der Arbeiter vertreten wird. Das Blatt heißt: „La Bataille politique et sociale“ („Die politische und soziale Schlacht“) und hat zum Chefredakteur den unseren Lesern wohlbekannten Schriftsteller Lissagaray. Wir heißen den neuen Mitstreiter bestens willkommen!

Vom 14.—21. Mai findet in Paris der Kongreß der mittelfranzösischen Sektion der Arbeiterpartei statt. Auf der Tagesordnung stehen: 1) die Frage der Streiks, 2) Zweck und Nutzen der Gewerkschaftskongresse und 3) die Eroberung der politischen Gewalt im Staat, und der administrativen in der Gemeinde als Mittel zur Befreiung; sowie die Aufgabe der sozialistischen Gemeindevorsteher im Befreiungskampfe des Proletariats. In Bezug auf letztere Frage dürften die Geister ziemlich hart auf einander schlagen. Hoffentlich führt der Kongreß zur Beseitigung der bedauerlichen Spaltung in der Partei.

Es liegen wieder eine ganze Reihe von Berichten über Streiks u. vor. In Paris sind die Eisengießer (Lohnhöhung von 50 Cts. pro Tag, Abschaffung der Alfordarbeit) und die Goldschmiede (Abkürzung der Arbeitszeit), in Bourges die Sattler (Lohnhöhung von 20 Cts. pro Patronatsche), in Nantes die Tischler (Lohnhöhung 15 Proz.), in Grenoble die Papierarbeiter im Auslande. Die Hauptstädter von Paris bereiten eine Bewegung zu Gunsten einer Lohnhöhung von 10 Cts. pro Stunde vor. So wagt die Schlacht thatächlich auf dem wirtschaftlichen wie auf dem politischen Gebiete!

Die Arbeiter und Ausbeuter von Paris, welche seit mehr als 5 Monaten in Lohnhöhen mit ihren Prinzipalen stehen, bitten die Kollegen allerorten dringend, Zugang fernzuhalten!

Ein weiterer Sieg! In Paris ist bei der zweiten Stichwahl im Quartier Grandes Carrières der sozialistische Kandidat Joffrin mit 1504 Stimmen zum Gemeinderath gewählt worden. Seit dem 21. August vorigen Jahres ist die Stimmenzahl dort von 446 nach und nach auf 918, 1246 und jetzt 1504 gestiegen. Da kann man wirklich von Grandes Carrières reden!

Korrespondenzen.

— Hannover. Situationsbericht. (Schluß). Ueber das Urtheil gegen Hartmann, der aus dem Grunde, weil er einen Freund nicht denunzieren wollte, wegen „Meineids“ zu sechs Jahren Zuchthaus verurtheilt worden ist, haben wir schon früher eine Notiz eingeleitet. Hartmann ist nicht unser Parteigenosse, sondern Postkammer; aber das kann hier gar nicht in Betracht kommen. Das Reichsgericht hat jetzt das Urtheil bestätigt; und als „erschwerenden Umstand“ in den Motiven erwähnt, daß Hartmann „Sozialdemokrat“ sei! Wir rufen deshalb aus: Schmach über die Halunken, die solche infame „Urtheilsprüche“ fällen!

Beiläufig sei hier erwähnt, daß die Führer der hiesigen „Postkammer“ ihre „Taktik der Thar“ dadurch gezeigt haben, daß sie nach Amerika auswandern sind. Glückliche Reise! Weit davon ist gut vor'm Schuß. Der Maßsche Anhang dürfte hier somit als verschwunden betrachtet werden.

Am 23. März hatten wir eine „Nachfeier“ von Kaisers Geburtstags. Der hiesige Polizei — die sich mehr durch ihren Eifer als durch ihre Schamlosigkeit auszeichnet — war nämlich ein Vorkat mit dem „Sozialdemokrat“ in die Hände gefallen, das höchstwahrscheinlich ein Polizeispitzel an einen harmlosen Spielbürger hierüber abgeliefert hatte. So wird die Polizei von ihren eigenen Leuten hinter's Licht geführt! Kurz und gut: in Folge dessen also Hausdurchsuchungen bei sämtlichen der hiesigen Herrschaft als Sozialdemokraten bekannten Personen! Der Polizei-Inspektor Cruijns (nach dem Polizeipräsidenten v. Brandt hier am Ort die höchste „Stätte der Ordnung“) war — beehret mit einem vom Kaiserhof herübergeschickten „Braub“ (ohne!) mit

13 seiner Untergebenen, von denen jeder mit einem respektablen „Kater“ versehen war, den ganzen Tag den frühen Morgen bis zum späten Abend auf den Beinen, um den dreifüßigen Staat vor dem „Umsturz“ zu retten. 38 Hausdurchsuchungen sind von uns konstatirt worden — möglich, daß noch etliche mehr stattfanden. Sämtliche Personen, bei denen gebauscht wurde, mußten nach polizeilichem Diktat sowohl in lateinischer als auch in deutscher Schrift „Schriftbeweise“ anstellen, welches harmlose Vergnügen man auch den Polizisten machte. Dieselben glaubten in ihrer salomonischen Weisheit auf diese Weise den Abfender der verdächtigten Waare ermitteln zu können, fanden sich jedoch in ihren Erwartungen getäuscht. Das Resultat war überaus: Null. Parteigenosse Sturm wurde sogar den ganzen Tag polizeilich bewacht; gefunden wurde indessen Nichts, und wo nichts ist, hat selbst der Kaiser sein Recht verloren. Einige Tage später wurde Sturm's Frau auf dem Markte von einem Polizisten angehalten, als sie ein altes Zeitungsbblatt in ihren Korb legen wollte und mußte dasselbe vorzeigen. Als der betreffende „Staatsretter“ nun sah, daß es bloß ein Käsepapier war, sagte er zu Frau Sturm: „So, ich glaube, Sie hätten da etwas gefunden!“ Welche Schamheit!

Für die Opfer des Sozialistengesetzes wird hier eifrig gesammelt, und zeigen die hiesigen Genossen eine große Opferfreudigkeit. (Bravo!) Letztere ist aber auch wirklich geboten, denn es vergeht kaum eine Woche, in der nicht ein Ausgewiesener hier ankömmt oder durchreis. Darum, Parteigenossen, verdoppelt eure Anstrengungen, damit wir allen Anforderungen gerecht werden können!

Unser Jahresabschluss vom 1. Oktober 1881 bis zum 22. April 1882 ergab: eine Einnahme von Mk. 1213. 73 und eine Ausgabe von Mk. 1076. 50. Von einem „Unverbesicherten“ gingen noch 35 Mk. ein. Zum Schluß noch einige Worte über unsere Stellung zum Parteiorgan.

Der bekannte „Zwischenfall“ ist durch die Erklärung unserer Reichstagsabgeordneten im „Sozialdemokrat“ für uns erledigt. Wir sind mit der Redaktion des „Sozialdemokrat“ voll und ganz einverstanden. Die Sprache des Parteiorgans kann angefaßt der zahllosen Regierungskammerereien und Polizeischweineereien nicht scharf genug sein. Wir können uns aus diesem Grunde mit der „Objektivität“ — oder vielmehr „Bisittlichkeit“ — des Herrn Breuel nicht befreunden, müssen es vielmehr für eine Schmach erklären, daß sich solche unterbäuerliche Ideen in der Partei breit machen. Auf einen groben Klug gehört bekanntlich ein großer Keil. Darum zum Teufel mit der sog. „Objektivität“! Die soziale Frage wird nun einmal nicht gelöst mit Rosen und Wohlthat. Wir wünschen — im vollen Einverständnis mit den Genossen in Dresden —, daß unsere Vertreter im Reichstag eine schärfere Sprache führen als in der letzten Zeit, denn der Reichstag ist allein noch der Ort, wo Bismarck und die übrigen Regierungskroche überhaupt an den Schandstahl geschlagen werden können. Darum immer tapfer vorwärts! Fort mit aller Angstreue! Hoch lebe die Sozialdemokratie!

Mit sozialdemokratischem Gruß!
Die Parteigenossen Hannovers.

— Zwickau, 5. Mai. Die Genossen des 18. sächsischen Reichstagswahlkreises erklären sich mit der Haltung des Parteiorgans durchaus einverstanden und wünschen, daß der angetretene Standpunkt auch ferner beibehalten werde.

Die Bezirkskonferenz.

— Ludwigshafen, Ende April. Bericht. Am vergangenen Sonntag, den 23. ds., hatten unsere Genossen in Oggersheim unter der Firma Tabakmonopol eine Versammlung, die sehr zahlreich besucht und von dem besten Geiste getragen war. Als Referenten waren die Genossen Dreesebach und Grillenberger anwesend, die es denn auch verstanden, das Monopol sowie überhaupt die neuen Steuerprojekte in das richtige Licht zu stellen. Die den Lesern jedenfalls bekannte Radeburger Resolution wurde einstimmig angenommen, jedoch mit dem Zusatz, daß jede neue Steuer zu verwerfen und die Reichsregierung aufzufordern sei, ihren Haushalt sparsamer einzurichten.

Mit Vertretung dieser Resolution wurde, in Anbetracht, daß der Abgeordnete unseres Kreises, Herr Groß, jeder Fälligkeit mit seinen Wählern abhichtlich ausweicht, unter dem säkularischen Beifall der Versammlung Genosse Grillenberger betraut, der uns das Versprechen gab, voll und ganz für diese Resolution im Reichstag eintreten zu wollen. Unter einem dreifachen Hoch auf Grillenberger wurde die Versammlung geschlossen.

Vor Kurzem wurde hier ein Schurke entlarvt, der in liberalen Kreisen eine nicht unbedeutende Rolle gespielt hatte. Es war dies der Schlossermeister der Badischen Kautlin- und Sodafabrik (dasselbe Geschäft, dem „unser“ Groß seine nochmalige Wahl zu verdanken hat), der selber öfters in unsere Versammlungen gekommen war, und, da er mit seiner Weisheit nichts anrichten konnte, dieselben mittelst gedungenen Subjekte zu stören suchte. Es hat sich nun herausgestellt, daß dieser liberale Schreiber seit einer Reihe von Jahren nicht unbedeutende Unterschlagungen theils zum Nachtheil der Fabrik, theils zum Nachtheil der Arbeiter gemacht hat. Sobald die Herren Kennerlich von der Sache erhielten, waren sie so freundlich, ihren werthen Kollegen zu warnen, so daß derselbe gemüthlich am besten Tage abreisen konnte. Tags darauf kam die Post, um seine Verhaftung vorzunehmen, der saubere Vogel war aber schon ausgeflogen.

Bemerkenswerth ist noch, daß im obigen Musterinstitut kapitalistisches Ausbeutertum im letzten Jahre ein Reingewinn von 6 1/2 Millionen Mark erzielt wurde, während die Arbeiter, die sich in den giftiggetränkten Räumen einen frühzeitigen Tod holen, mit einem Hungerlohn von 2, sage zwei Mark pro Tag abgepeißt werden!

— Glasgow, 13. April. Die Ausbeuter an der Arbeit. Unserem erst kürzlich ins Leben getretenen Verein scheint Göttin Fortuna nicht besonders hold zu sein, denn zu unserem größten Leidwesen haben wir schon einen herben Schlag, der ganz unverschönt an uns herantritt, zu verzeichnen.

Vor ungefähr 6 Monaten löste ein hiesiger Ausbeuter, in Firma Warren and Son, Glas Bottle Manufacturer, in Glasgow, Scotland, 15 Familien mit Gehilfen aus Deutschland unter annehmbaren Bedingungen hierher zur Flaschenfabrikation nach deutscher Manier; er verpflichtete sich selbstverständlich, sämtliche Werkzeuge, sowie auch das Material den Arbeitern dazur zur Verfügung zu stellen, wie sie es in Deutschland gebrauchen. Die Kontrakte werden ausgestellt, alle gleichlautend auf zwei volle Jahre, unterschrieben und von einem deutschen Rechtsanwalte gestempelt. Die Leute kommen hier an, nehmen die Arbeit auf, finden aber zu ihrem größten Erstaunen Alles in solch verfallenen Zustande und das Material so schlecht, daß es nicht möglich war, die Arbeiten dem Versprechen gemäß auszuführen. Die Leute stellten dieses dem Fabrikanten vor, und er versprach, Alles wieder in Stand zu setzen, aber es wurde eben nur versprochen. Die Leute arbeiteten weiter, so gut es eben möglich war, beinahe fünf Monate. Da ging plötzlich der Krach los, es wurde einer der Arbeiter von der Fabrik ausgesperrt, dann ein anderer, dann wurde angekündigt: die schlechtesten Flaschen werden nicht mehr bezahlt. Unsere Genossen dachten jedoch, das bleibe bei der bloßen Drohung, und arbeiteten ruhig weiter, bis die Drohung ausgeführt wurde. Sie machten sich dem Fabrikanten Vorstellungen im Guten und sagten, sie hielten sich an seinen Kontrakt, der bis dato immer innegehalten worden sei. Es wäre eine reine Unmöglichkeit, mit den gelieferten Arbeitsinstrumenten die Arbeiten besser auszuführen. Gleichzeitig erwiderten sie sich beim deutschen Konsul hier, was sie machen sollten; der aber sagte kurz: Ich kann Euch nicht helfen, Ihr müßt zu einem Advokaten gehen. Als einer der Genossen zum zweiten Male zu ihm ging, um ihn um einen Rath zu fragen, da rief dieser lärmelohnte preussische Offizier: Der Kerl war ja schon einmal hier! worauf ihn unser Genosse sofort fragte, wen er eigentlich mit seinem Kerl meine, und der Herr klein beug. Unsere Freunde gingen nun zu einem Advokaten und legten ihm die Kontrakte vor. Dieser sagte, daß nach diesem Gehege ganz im Rechte seien, er werde die Angelegenheit in seine Hände nehmen, wenn sie ihm dieselbe übergeben wollten, was sie auch thaten; er rief ihnen noch, die Arbeit zu nicht aufzugeben, bis nicht ihr Fabrikant auf die kontraktlich ausgemachten alten Bedingungen wieder eingegangen sei. Diesem Rath folgten sie, und der Advokat legte sich mit Warren and Son in Verbindung. Aber diese Kapitalhölle wollte nichts von kontraktlichen Verpflichtungen hören. Und nun geschick das Unerwartete: In der Zwischenzeit nehmen zwei der Streikenden unter Anführung eines Johann Finkbeiner ihre Arbeit wieder auf, obwohl sie von allen Seiten ermahnt wurden, nicht

gegen die Interessen ihrer Mitarbeiter schädigend zu wirken. Ja, es war ihnen nicht genug an einem Verrath. Besagter J. Finkbeiner und sein Schwager R. Kaye suchten sich auf eine inwäme, widerrechtliche Art in die Kunst ihres Brodherren einzuschmeicheln. Sie erboten sich, die Gehilfen der Streikenden durch verschiedene Versprechungen von jenen wegzulocken und ihrem Herrn zuzuführen, dadurch würde er sehr viel gewinnen und hätte bedeutend billigere Arbeitskräfte. Dieses speichelstreichliche Entgegenkommen der beiden Subjekte paßte dem Ausbeuter in den Kram, und die Schurken erhielten ihren Judaslohn. Es gelang ihnen auch fastlich, die Gehilfen herüberzulocken, — und so waren neun Familienväter und zwei unverheiratete Männer durch diesen gemeinsten aller Schurkenreiche brodlos gemacht, und zwei der verheirateten Männer mußten noch jeden Augenblick die Niederkunft ihrer Frauen erwarten. J. Finkbeiner ging dann im Auftrag seines Arbeitgebers nach Deutschland und Belgien u., um neue Sklaven anzuwerben, doch sollte er diesmal nur unverheiratete Leute mitbringen. Alles dies geschah natürlich auf die Einkäuferung dieses besagten Agenten J. Finkbeiner und seiner Spießgesellen hin. Unsere Genossen traten natürlich sofort in Kommunikation mit den betreffenden Glasbläsern, um Zugang fernzuhalten, und veröffentlichten gleichzeitig die Sachlage in einem Gewerkschaftsorgan der Glasmacher. Als besagter Agent in den verschiedenen Glasstätten ankam, wurde ihm an verschiedenen Orten die Thüre geschlossen, und in Charlottenburg bei Berlin wurde ihm, wie uns zu Ohren gekommen, das Fell lächtig durchgeblaut. Bravo! Es gelang ihm jedoch trotz alledem, ungefähr acht Personen herüberzulocken.

Der Prozeß wurde von einer Woche zur anderen verschoben, natürlich zu Gunsten des Fabrikanten, angeblich weil sein Hauptzeuge noch nicht von der Reise zurückgekehrt sei; wäre das Umgekehrte der Fall gewesen, daß die Arbeiter einen Hauptzeugen erwarteten hätten, so hätten selbstverständlich weder Advokat noch Fabrikant darauf Rücksicht genommen, der Prozeß hätte ungehindert seinen Fortgang gehabt. Es ist dieses eben leider auch wieder ein Stild der viergrößtenteils englischen Justiz. Endlich aber erschien der Hauptzeuge für Warren and Son in Gestalt des verkommenen Subjektes J. Finkbeiner, der sich nicht scheute, mit der bodenlosesten Gemeinheit unsere Genossen die unverschämtesten Lügen in's Gesicht zu schleudern und — Ende gut, Alles gut — die Bibel zu läsen und zu schreien, daß Alles, was er hier ausgesagt, seine Richtigkeit habe. Unsere Genossen wurden nur theilweise verhöhrt, ihr Advokat schloß bei der Vertbeidigung geradezu ein, während natürlich der Gegner mit größter Redegewandtheit seine Beweisgründe gegen sie in's Feld führte.

Das Urtheil fiel dann auch danach aus: die Gerichtsbank stellte die ganze Sache als eine verkehrte dar, die Kontrakte seien als angefaßt zu betrachten, der Fabrikant wurde von allen Verpflichtungen unserer Genossen gegenüber freigesprochen, und letztere lagen nach einem vierwöchentlichen Streik mit ihren Familien auf der Straße. Alle Bemühungen, inzwischen Arbeit zu bekommen, waren vergebens gewesen; der Ausbeuter wurde durch seine Agenten unterrichtet, und er schickt unseren Genossen auch in bekannter Weise den Broderwerb ab, indem er an alle betreffenden Orte schrieb und telegraphirte, man solle diese Leute nicht einstellen. Vermittelt dieses betrügerischen Vorgehens trug das Kapital abermals den Sieg über die Arbeit davon — hoffentlich wird der saubere Patron einstens seinen wohlverdienten Lohn für seine Schurkerei empfangen, denn es ist nicht das erste Mal, daß er so schuldig vorgeht, es ist nur bis dato nicht der Oeffentlichkeit übergeben worden.

Zur Ehre unserer streikenden Genossen aber müssen wir sagen, daß sie trotz Unkenntnis der Sprache und der Verhältnisse des Landes wie Männer bis zum letzten Augenblick sehr zusammenhielten, wiewohl sie ihr ganzes Hab und Gut verlaufen mußten, um die Weiterreise anzutreten.

Wir glauben uns verpflichtet, im Interesse unserer schwer geschädigten Genossen und um ihnen wenigstens eine Geringfügigkeit zuzumessen zu lassen, die Namen sämtlicher verkommenen Subjekte, welche sie verriethen, der Oeffentlichkeit zu übergeben.

Sie lauten wie folgt:
Johann Finkbeiner. Robert Kaye. Hubert Fink. Hermann Hege. Paul Sichert. Hermann Wünschmann. Karl Kleber. Max Hule. Wilhelm Dausader. Ernst Köhler. Fritz Ebert. Mathias Finkbeiner. Benzel Grinard.
Unsere scheidenden Genossen und deren Familien rufen wir zu ihrem Abschiede ein herzlich lebendes nach und Glück auf die Reise!
Der deutsche Arbeiter-Bildungsverein Glasgow.

Warnung.

Parteigenossen, die an ihre Freunde, die als Sozialdemokraten aber gar als Ausgewiesene bekannt sind, ins Ausland Briefe zu schreiben haben, werden ersucht, dieselben Reis entweder per „Eingekleidete“ oder unter Pseudonym zu senden.

Es ist eine vielfach festgestellte Thatsache, daß solche Briefe fast immer „verloren“ gehen, zu deutsch gestohlet werden und in die Hände der Polizei gerathen.

Diese Sorte von Briefdiebstahl wird in ganz besonderem Grade in Berlin betrieben undreckert sich selbstverständlich auch auf die Familienbriefe.

Beispiel: Der Frau eines Berliner Ausgewiesenen, der gegenwärtig in New-York lebt, sind in kurzer Zeit nicht weniger als vier Briefe an ihren Mann, trotz der granzackigen Adresse „verloren“ gegangen. Daß dieser Verlust nur gemeinem Diebstahl zu verdanken ist, bedarf keines Beweises.

Die deutsche Polizei und speziell die Berliner erfährt durch diese Art von systematisch betriebenen Briefdiebstahl Vieles, was ihr sonst zu erfahren unmöglich wäre.

Also Vorsicht in jeder Richtung!

Briefkasten

der Redaktion. Korrespondenzen aus Mühlhausen, Genf, Scranton u. in nächster Nummer. Ehad: Ausschnitt aus der „Kölnen Jtg.“ dankend empfangen; wird verwendet. Brief gleichfalls erhalten, die betr. Briefkastennote gilt nicht Ihnen, sondern einem Namensvetter von Ihnen. Im Uebrigen leiden wir immer noch am alten Uebel: Stoffmangel.

der Expedition. Gwisch. Dtsch.: Fr. 1,35 Ab. Mai u. Juni erh. — Gindlerzeits: Nr. 23,49 Ab. 2. u. Weg 1. Cu. hier. Gh. mehr. — Kantabul: Nr. 5. — Ab. 2. Cu. j. d. beiden Sch.'s erh. Alles beachtet u. befragt. Gh. Weiterer. — Dtsch.: Nr. 5. — erh. u. it. Nota verwendet. — Garibaldi: Nachr. v. 6/5 u. 6/6. u. 6/7 erh. Gh. sofort benachrichtigt. — +++ himmel — —: Nr. 101,60 pr. 1. Cu. i. Ggr. Uds. begehrt. Weiterer erwartet u. Gh. am 6/5 erledigt. — Mandesher: Nr. 66. — Ab. 1. Cu. erh. Gh. mehr. — Canlim: Fr. 2. — Ab. 2. Cu. erh. — Dtsch. Arb.-B. Winterthur: Fr. 15. — pr. Uds. erh. — P. u. Gen. i. Va.: Nr. 6. — Ab. 2. u. 3. Cu. erh. — D. Wirt. Amsterd.: Fr. 8,25 eingetr. u. nach Borschr. pr. 1. u. 2. Cu. Ab. S. u. veru.; also Fr. — 42 d. Uds. hld. jugew. — Die Weizen u. Jecor.: Nr. 6,35 Ab. 2. Cu. (nicht 3tes Cu.!) u. Schft. erh. Gh. mehr. — St. Gumb.: Fr. 2. — Ab. 2. Cu. erh. — Som. Rain: Nr. 2. — Ab. 2. 3. u. 4. Cu. erh. Schft. ergänz. — S. Sch. Berrp.: Fr. — 65 f. Kshifrg. erh. Die Schuld tritt Aphg. — Sou d. Thonberg: Dtsch. Gen. St. Louis: (3. Rate Doll. 10.) Fr. 50,65 d. Uds. hld. jugew. Gruf! — F. Joush. R. Hort: Fr. 303,80 (Doll. 60.) — 4. Cu. Ab. u. Schft. am 8/5 eingetr. Auszug abgeg. — Rothgergen u. d. Utslar: Fr. 17. — pr. Ab. 2. Cu. f. 3. Eprl. u. Uds. (Nr. 5.) hld. erh. — Sou 3. Arb. d. Bbbhr.: Fr. 3. — pr. Uds. erh. — Unigenito: Gh. erh. Adr. richtig gestellt. Alles i. Ordnung. — Nocher Greis: Nr. 25. — Ab. 1. Cu. u. Schft. erh. Gh. mehr. — Dtsch. B. Jär.: Fr. 2. — Ab. 2. Cu. erh. — S. Jbr. Obstrg.: Fr. 2. — Ab. 2. Cu. erh. Nachfrg. fort. — Raf: Nr. 60. — 4. Cu. Ab. durch R. erh. Auszug längst fort. Gh. Röhres — F. Bloch: Gh. mit Adde. v. 7/5 eingetroffen. — Blanc Ga.: Nr. 3,10 Ab. 2. Cu. f. Gr. erh. Fehst liegt an Dir. Gh. am 2/5 mehr berichtet. — Roland: Beide Bje. hier. Erber freute mit unserm Antw. Bravo! „Es lebe die Deutschheit!“ — Serlow: Sdg. nach B. befragt. — Ferd.: Bf. v. 7. erh. Wird Altst fort betrieben. Erwarten — in Bälde. —